

Zeitschrift: Frauenbestrebungen
Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)
Band: - (1912)
Heft: 6

Artikel: Ausstellung und Frauenkongress in Berlin : (Schluss)
Autor: E.R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-325944>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Sechseläutenblatt „Die Xanthippe“ erschien dies Jahr zum drittenmal.

In knappen Zügen zeichnet dieser Rückblick unsere Arbeit nach aussen, und es bleibt uns zum Schluss noch die Aufgabe, vom innern Leben des Vereins zu sprechen und zugleich vorwärts zu blicken auf das zukünftige Jahr.

Wir begannen das Vereinsjahr mit dem Wechsel der Präsidentin, und das Jahresende findet uns wieder in derselben Krisis stehend. — Mit grosser Mühe nur konnte man s. Z. dies Amt einem der ältesten Vereinsmitglieder als Pflicht aufzulegen; denn unsere Mitglieder sind zum grössten Teil berufstätige Frauen, welchen das Leben weder Zeit noch Kraft übrig lässt, den Ansprüchen einer Präsidentin zu genügen. Als erfreuliches Symptom ist hervorzuheben, dass die allgemeine Frequenz der Vereinsabende eine ziemlich höhere war als im letzten Jahre, und wir dürfen wohl daraus den Schluss ziehen, dass es unsern Mitgliedern nicht am Interesse für die Union und ihre Bestrebungen fehlt.

Aus unserm Vorstand scheiden heute zwei langjährige Mitglieder, welche schwer zu ersetzen sein werden. So können wir's nicht hindern, dass heute unser Ausblick ein etwas getrübt ist.

Noch hat unsere Frauensache keine Siege zu verzeichnen, und noch sind wir keine Bürgerinnen! Unsere Devise heisst aber nicht nur Stimm-Recht, sondern vor allem Stimm-Pflicht, und an dieses Pflichtgefühl müssen wir heute allen Ernstes appellieren, an die Solidarität der Frauen, denn nur in gedrängten Reihen können wir vorwärts kommen, nur als ein „einig Volk“!

„Jedes Ringen ist ein Sieg“ war das verheissungsvolle Schlusswort unserer letztjährigen Berichterstatteerin; darum lasst uns ringen, mit erneutem Ernste, denn wir stehen an einer grossen Sache und dürfen nicht klein darin sein.

Der Vorstand besteht zur Zeit aus:

Frau Boos-Jegher, Präsidentin.
 Frau Dr. Hilfiker-Schmid, Vizepräsidentin.
 Frl. E. Oser, Aktuarin.
 Frl. L. Erni, Quästorin.
 Frau E. Pinkus-Flatau.
 Frau C. Ragaz.
 Frau C. Stocker-Caviezel.

Ausstellung und Frauenkongress in Berlin.

(Schluss.)

Am Samstagmorgen sprach Alice Salomon noch einmal an Stelle einer erkrankten Referentin und zeigte mit wenigen Worten, weshalb die Frauen dazu gekommen sind und noch mehr dazu kommen müssen, Sozialpolitik zu treiben. Der Grund liegt darin, dass die charitative Tätigkeit Einzelner für Einzelne gegenüber dem grossen Elend ganzer Klassen nichts ausrichtet, indem soziale Schäden auch nur durch soziale Massnahmen gehoben werden können. An die Stelle der Einzelfürsorge musste deshalb die Institution treten, und diese kommt als Verein, Kommission, Stadtverwaltung von selbst dazu, Sozialpolitik zu treiben, wie sie aus den Forderungen nach Regulierung der Arbeitszeit, Bildungsgelegenheiten, Versicherungen usw. sich ergibt. Dass die Frau hier mitzuarbeiten hat, liegt auf der Hand, denn wessen ihr Geschlecht, wessen die Frau als Mutter bedarf, vermag nur sie selbst zu erkennen und zu bestimmen. Ist also die Forderung nach stärkerer Beteiligung der Frauen an der öffentlichen Fürsorgetätigkeit durch die heutigen Verhältnisse herbeigeführt, so basiert sie doch auf der gleichen Grundlage wie früher die Privatwohlthätigkeit, nur mit dem Unterschied, dass das Mitgefühl sich sozusagen von der Nächsten- in eine „Fernstenliebe“ verwandelt hat.

Wie weit die amtliche Betätigung der Frau in Deutschland bereits gediehen ist, berichtete Frau Jenny Apolant. Trotz mannigfacher Schwierigkeiten, die den Frauen in den Weg gelegt werden, ist ihre Mitarbeit doch im Steigen begriffen, besonders in der Armenpflege, wo die Zahl der weiblichen Mitglieder z. B. in Berlin innert 2 Jahren von 75 auf 135 angewachsen ist und sie sich laut Gutachten als ihres Amtes durchaus gewachsen erwiesen haben. Auch Waisenzüchterinnen und Kostkinderinspektorinnen gibt es eine grosse Anzahl, doch sind sie vom direkten Verkehr mit den Behörden noch grossenteils ausgeschlossen und dadurch in ihrer Tätigkeit gehemmt, weshalb die Magistrate von Breslau und Charlottenburg der Regierung eine Petition auf Abänderung des diesbezüglichen Paragraphen im B. G. B. eingereicht haben. Neuerdings fängt man auch an, die Frauen zur Bekämpfung der Tuberkulose, zur Schul- und Gesundheitspflege heranzuziehen; verschiedene Städte haben Schulschwesterinnen eingestellt, welche als Bindeglied zwischen Schularzt und Familie sehr gute Dienste leisten. In 30 Städten sind die Frauen an der Schulaufsicht beteiligt; zur Tätigkeit der Polizeiassistentin gesellt sich diejenige für die Gefangenen, und endlich amten seit 1908 an einigen Orten auch Wohnungsinspektorinnen. Als solche sind die Frauen ganz besonders am Platze, weil nur sie das richtige Verständnis für die Bedürfnisse und Schwierigkeiten des häuslichen Lebens haben können, und es wäre angezeigt, die Wohnungspflege geradezu zum Mittelpunkt aller Wohlfahrtspflege zu machen, weil sie allein gestattet, tief in die privaten Verhältnisse einzudringen und von hier aus den übrigen Fürsorgeämtern die richtige Wegleitung zur Sanierung zu geben.

Dass die Frau unentbehrlich ist, wenn auf kommunalem Boden fürsorgerisch Gutes geleistet werden soll, führten Frau Neuhaus und Frau Wegner noch weiter aus. Die erstere begreift das Misstrauen, welches den Frauen entgegengebracht wurde und nicht immer unberechtigt war, hält aber jetzt die Stunde für gekommen, wo es einer neuen Anschauung Platz machen muss, weil die Frauen seither viel gelernt und bewiesen haben, was sie können. Frau Wegner weist darauf hin, dass es auch aus finanziellen Gründen im Interesse der Gemeindeverwaltungen liegt, die Frauen in die Kommissionen zu ziehen, weil sie erwiesenermassen viel sparsamer sind als die Männer, und wünscht speziell ihre Mitarbeit in den Baukommissionen, da sie mehr unter den Wohnungsverhältnissen zu leiden haben als die Männer.

Aus den Ausführungen der drei Rednerinnen, welche die grossen, der Frauen in der Gemeinde harrenden Aufgaben klar und sachlich darlegten, ergab sich ganz von selbst die Forderung des passiven Wahlrechts für das weibliche Geschlecht, und es war gewiss niemand in der grossen Versammlung, der diesem dreifach ausgesprochenen, vom Wunsche, die Not zu lindern, gezeugten Begehren die Berechtigung abgesprochen hätte, so wenig er sich bis dahin für die Frauenemanzipation begeistern mochte.

Die Diskussion ergab interessante Voten sozial arbeitender Frauen. Fräulein Hoffmann und Frau Gerken-Leitgeb betonten die Wichtigkeit der weiblichen Mitarbeit im Kampf gegen den Alkohol, und Frau Jellinek forderte die Aufhebung der weiblichen Bedienung in Wirtschaftsbetrieben, welche höchstens in Städten unter 10 000 Einwohnern und alkoholfreien Lokalen geduldet werden sollte. Das Übernehmen einer Vorstandschaft wurde all den Frauen empfohlen, die sich sozial betätigen möchten, ohne ihre ganze Zeit und Kraft einsetzen zu können; Vertreterinnen des organisierten Arbeitsnachweises und der Rechtsschutzstellen für Frauen liessen den Ruf nach Juristinnen ertönen, Ärztinnen wurden für die Bekämpfung ansteckender Krankheiten gewünscht — kurz, man gewann den Eindruck, dass auf diesen Gebieten eine ungeheure Arbeit der Frauen wartet, sobald es ihnen ermöglicht wird, sie an Hand

zu nehmen, und es war eine kluge Mahnung im Schlusswort der Frau Wegner, vorläufig durch pflichtgetreue, eifrigste Tätigkeit, sei es auch nur in nebensächlicher Stellung, das Vertrauen der Männer so weit zu erringen, dass mit der Zeit aus der Unterordnung eine Einordnung ins öffentliche Leben werde.

Nachdem die Stimmung so geschickt vorbereitet worden, war es kein weiter Schritt zum letzten Thema des Kongresses, der Stellung der Frauen zur Politik, und die nächste Rednerin, Frau Minna Cauer, hätte vielleicht die Schlacht gewonnen, wenn sie nicht durch theatralisches Pathos den einzigen Mission, der während des ganzen Kongresses zu konstatieren war, in die Verhandlungen getragen hätte. Die beinahe hohnvolle Ablehnung ihrer Rede, die allein im Namen der Gerechtigkeit das allgemeine Stimmrecht forderte und für die Frauen Sitz und Stimme im Parlament verlangt, war vielleicht weniger dem, was sie sagte, als wie sie es sagte, zuzuschreiben, bewies aber in erfreulicher Weise, mit welch gesundem Empfinden die Mehrzahl der Frauen herzliche Schlichtheit pomphaften Trompetenstössen vorzieht.

Frau Li Fischer-Eckert, die der von Frau Cauer vertretenen formalen und prinzipiellen Gleichberechtigung den Wert praktischer, sozialer Arbeit gegenüberstellte, mit der der Stimmrechtsbewegung der Boden geebnet und durch Leistungen der Anspruch der Frau auf mehr Rechte bewiesen wird, fand sympathische Aufnahme und ebenso war dies bei Frau Lindemann aus Stuttgart der Fall, die durch die damaligen Ereignisse in England sich veranlasst sah, in der Diskussion über die Suffragettes zu sprechen. Sie bezeichnete es als eine Ungerechtigkeit, dass die Ausschreitungen der englischen Stimmrechtlerinnen der gesamten Frauenbewegung aufs Konto gesetzt werden, während es niemand einfällt, ihr das Gute anzurechnen, das in andern Ländern von ihren Anhängerinnen geleistet wird. Ohne die Taktik der Suffragettes irgendwie billigen zu wollen, warf Frau Lindemann Streiflichter auf englische Verhältnisse, die das Vorgehen der Suffragettes einigermaßen begreiflich erscheinen lassen. In erster Linie fallen als Milderungsgrund die englischen Presseverhältnisse in Betracht, die es den Suffragettes unmöglich machen, in grösseren Zeitungen zu Worte zu kommen, weil alle wichtigen Blätter nur die Meinung der Kapitalisten vertreten, in deren Besitz sie sind. Dieser Umstand ist die Ursache der grossen öffentlichen Demonstrationen in England überhaupt, und die Suffragettes haben nur zur üblichen Kampfweise der Männer gegriffen, wenn sie durch auffallendes Gebahren die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihre Sache zu lenken suchten. Dass Ausschreitungen dabei vorgekommen sind, ist sehr bedauerlich, aber eine Begleiterscheinung aller grossen Bewegungen, und diese letzteren können durch die natürlicherweise erfolgende Reaktion in ihrem Siegeslaufe zwar gehemmt, nicht aber endgiltig zu Fall gebracht werden, insofern ihnen eine innere Berechtigung innewohnt. Nicht nur ist in diesem Fall die innere Berechtigung vorhanden, sondern der Hauptteil der englischen Stimmrechtlerinnen steht mit seinen Forderungen überhaupt auf gesetzlichem Boden, und deshalb ist nicht der Kampf an sich, sondern nur die Art und Weise, wie er geführt wurde, zu verurteilen. Geradezu bewundern aber müssen wir daneben an diesen Engländerinnen eine Ehrlichkeit, welche es verschmäht, durch Hintertüren Einfluss in der Politik zu erlangen, und eine Aufopferungsfähigkeit, die selbst vor dem Gefängnis nicht zurückschreckt, und von der wir nur wünschen können, sie möchte auch anderwärts zu gegebener Zeit aus der Kraft der Überzeugung geboren werden.

Wie die mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten Ausführungen Frau Lindemanns, so bewegten sich auch die übrigen Voten der Diskussion in gemässigten Bahnen. Gegen das Frauenstimmrecht wurde von keiner Seite Einspruch erhoben,

hingegen zeigten sich Unterschiede im Grade der Begeisterung für dasselbe. So stellte Helene Lange die Leistungen der Frauen gegenüber ihren Ansprüchen in den Vordergrund, während Frau Deutsch umgekehrt fand, die Frauen sollten keine neuen Pflichten mehr auf sich nehmen, so lange ihnen keine neuen Rechte eingeräumt werden. Sehr hübsch war ein von ihr zitiertes Wort Selma Lagerlöfs, welches Heim und Staat in Parallele setzt und für die Vervollkommnung des letzteren die Mitarbeit der Frau als ebenso unentbehrlich erachtet, wie die Hilfe des Mannes bei der Schaffung des Heims, dem speziellen Werke der Frau, es war, und endlich sei aus dem Schlusswort der Frau Cauer die sehr richtige Bemerkung notiert, dass das mutige Vertreten einer umstrittenen Überzeugung, das Vorangehen auf ungebahntem Weg eine mindestens ebenso grosse Leistung ist, wie die von praktischem Erfolg gekrönte Tätigkeit.

Über den letzten Verhandlungsgegenstand, die Stellung und Mitarbeit der Frau in den politischen Parteien, kann die Berichterstattung hinweggehen, da er sich mit speziell deutschen Verhältnissen befasste, und aus dem gleichen Grunde haben auch die Referate betreffend die Schauspielerinnen und Krankenpflegerinnen, sowie die Vorträge über die Stellung der Frau im kirchlichen und religiösen Leben keine Wiedergabe erfahren, so interessant gerade diese nach dem allgemeinen Urteil gewesen sind. Wer sich darüber, sowie über den Kongress überhaupt näher zu orientieren wünscht, findet die gesamten Verhandlungen im eben erschienenen Kongressbuch, welches zum Preis von 3 Mark in jeder Buchhandlung bestellt werden kann. Es wird zwar niemals imstande sein, den gleichen geradezu hinreissenden Eindruck auf den Leser zu übertragen, der durch das gesprochene Wort und die Persönlichkeit der Vortragenden in den Anwesenden geweckt wurde, aber doch denjenigen, die sich kein richtiges Bild von der deutschen Frauenbewegung machen können, einen neuen Eindruck vermitteln, der stark genug sein dürfte, ihre auf einer Verkennung der geistigen Richtlinien beruhende Ablehnung in verständnisvolle Sympathie zu verwandeln.

Der Kongress ist sicher an keinem der Teilnehmer spurlos vorübergegangen, wenn auch nicht zum wenigsten aus weiblichem Lager sich kritische Stimmen erhoben haben. Die extremen Frauenrechtlerinnen sind in Berlin nicht zu Wort gekommen, und ebenso war den schärfsten sozialistischen Tendenzen die Spitze abgebrochen, aber gerade diese weise Mässigung hat eine bei aller Verschiedenheit der Ansichten imponierende Einheitlichkeit ermöglicht und der Frauensache zu Anerkennung verholfen in Kreisen, die ihr bisher fern standen. Es ist durchaus falsch, dem Bund deutscher Frauenvereine daraus einen Vorwurf zu machen, dass er dem Kongress dieses etwas konservative Gepräge gab; er hat im Gegenteil damit die richtige Erkenntnis vertreten, dass es ausserordentlich wichtig ist, die bürgerlichen Frauen für die Bewegung zu gewinnen, weil nur unter intensivster Mitwirkung der besitzenden Klassen die soziale Frage jemals friedlich wird gelöst werden können.

Wie sehr gerade die Frauen berufen sind, an der Schaffung neuer, besserer Zustände mitzuarbeiten, ja, dass dies ihr eigentliches, durch Tradition und Veranlagung verbrieftes Arbeitsgebiet im engsten und weitesten Sinne ist, haben die Tage in Berlin aufs Deutlichste zum Bewusstsein gebracht. Angesichts der Grösse der Aufgaben senkte sich auf alle Teilnehmer immer schwerer die Last der Verantwortung, aber auch die Kräfte wuchsen in ungeahnter Spannung unter dem Eindruck einer inneren Zusammengehörigkeit, eines gemeinsamen Wollens und der keimenden Hoffnung, dass vieles geändert werden kann, wenn jeder Einzelne seine Kraft dafür einsetzt,

Würde es sich nur darum handeln, materiell bessere Zustände herbeizuführen, könnten wir dies vielleicht den Männern

überlassen, wir brauchen aber vor allen Dingen andere Menschen, die ihr Dasein von höheren, inneren Gesichtspunkten aus anschauen, und gestalten lernen, und für diese Umgestaltung sind die Frauen vonnöten, weil sie in ihrem unmittelbar an der Quelle des Erlebens schöpfenden Gefühl Mittel zur Regeneration besitzen, die, abgesehen von den Künstlern, beim Mann im Kampf ums Dasein zugunsten einer einseitigen Entwicklung des Intellekts verkümmert sind. Die Kraft der Seele öffnet Pfade, die dem schärfsten Verstande verborgen bleiben, und wenn der harte Materialismus der letzten 50 Jahre, so wie es den Anschein hat, unter den vorläufig noch schüchternen Strahlen einer höheren Lebenssehnsucht zu schmelzen beginnt, wird auch die Frau sich ihres eigentlichen Wertes wieder bewusst und ihre Mission als Trägerin hoher sittlicher Ideale anerkannt werden. Nach den Auswüchsen der Sturm- und Drangperiode beginnt sich in der Frauenbewegung bereits eine Abklärung zu vollziehen, die nicht das egoistische Ausleben des Individuums will, sondern jenes Auswachsen der Persönlichkeit, das zu einem der Religion verwandten Wollen und Erhoffen höherer Ziele führt, und die vielgeschmähte Frauenemanzipation wird deshalb immer mehr zur erzieherischen Macht werden, deren Wert für jede Einzelne von uns darin besteht, dass sie an ihrem Platz, und sei er noch so bescheiden, arbeitet als eine treue Magd im grossen Weinberg der Welt.

Diesen idealen Grundgedanken tief in die Seelen geprägt zu haben, ist wohl die bedeutungsvollste Wirkung des Kongresses, und wenn er in äusserlicher Beziehung auch nur für deutsche Verhältnisse berechnet war, so kam doch das allgemein Menschliche in einer Weise zur Geltung, dass wir nur wünschen können, der Geist, der die Versammlungen durchwehte, möchte wie ein tauender Föhnsturm auch unser kleines Land durchbrausen. Wohl sind bei uns die Verhältnisse anders, die Gegensätze von Arm und Reich, Hoch und Niedrig, Gebildet und Unwissend weniger ausgeprägt, aber tut es nicht auch unserem Volke dringend not, dass vieles von Grund aus neu werde, wenn, wie Hilty es ausdrückt, unser kleiner Staat jene moralische Macht werden soll, die allein ihm das Recht auf Fortbestand sichert?

E. R.

I. Generalversammlung des Schweiz. Verbandes für Frauenstimmrecht.

18. Mai 1912 in Bern.

Ein Maitag, wie er schöner nicht hätte erstrahlen können, war den Delegierten der Frauenstimmrechtsvereine in Bern beschieden. Die Bundesstadt hatte alle ihre Juwelen umgehängt, recht als wollte sie den Schweizerfrauen zu verstehen geben, dass sie ihr willkommen seien, und dass sie ihrem Streben Beifall schenke. Möge dies ein gutes Omen für unsere Sache sein.

Die Versammlung, etwa 80 Frauen stark, daneben wenige Herren, fand im Grossratssaale statt, im schönen alten Berner Rathause. Der Präsident, Herr de Morsier aus Genf, wies in seiner Begrüßungsrede bedauernd darauf hin, dass die Männerwelt so schwach vertreten sei, während die Erreichung des Frauenstimmrechts doch gerade so gut von den Männern wie von den Frauen erstrebt werden sollte. Wir sind bei uns in der Schweiz auch in dieser Beziehung hinter andern Ländern zurückgeblieben; in Frankreich z. B. sind es hauptsächlich die Männer, die für das Frauenstimmrecht arbeiten, in richtiger Einsicht, dass sie die Hilfe der Frauen nötig haben im Staatshaushalte.

Der Schweiz. Verband für Frauenstimmrecht verdankt seine Entstehung im Jahre 1908 hauptsächlich dem Wunsche,

die Schweiz an den Weltbund für Frauenstimmrecht anschliessen zu können. An den internationalen Kongressen war unsere Bewegung in Amsterdam 1908 durch Frl. Honegger und Mme. Girardet vertreten, in London 1909 und Stockholm 1911 durch Frl. Honegger allein. Es wäre sehr zu wünschen, dass künftig eine zahlreichere Delegation die Schweiz an den internationalen Kongressen vertrate, damit mehr Frauen die reiche Anregung, die diese Kongresse bringen, für unsere Bewegung verwerten können. Nachdem Herr de Morsier den dahingeschiedenen Prof. Hilty und Marc Dufour, als warmen Verfechtern unserer Sache, Worte des Dankes und der Anerkennung gewidmet, ging er zum Jahresberichte über.

Der Verband besteht heute aus 10 Vereinen mit gegen 2000 Mitgliedern. An Publikationen sind erschienen das deutsche Flugblatt: „Warum wir das Frauenstimmrecht wünschen“ und die Broschüre von Mr. de Morsier: „Le Droit de Vote pour la Femme“, die nun zur Verbreitung kommen soll; es ist ferner die Herstellung von Postkarten geplant, sowohl ernsten als humoristischen Charakters, event. auch solche mit Zitaten über die Frauenfrage von bekannten Persönlichkeiten.

Die Herausgabe der Broschüre war das Werk des Verbandes und zwar unstreitig ein gutes Werk, das jede Schweizerfrau zur Hand haben sollte.

Am Schlusse seines Berichtes forderte der Präsident die Vereine auf, die Wahlgesetze ihrer Kantone recht sorgfältig zu studieren, wobei wertvolle Entdeckungen gemacht werden können, dahinführend, dass an manchen Orten gar keine neuen Gesetze notwendig wären, um auch die Frauen des aktiven und passiven Wahlrechts teilhaftig werden zu lassen.

Nach Anhören des in allen Teilen sympathisch berührenden Berichtes des Präsidenten ging man zum Haupttraktandum, zur Beratung des neuen Statutenentwurfes, über, die sich sehr in die Länge zog.

Die ersten Paragraphen wurden anstandslos genehmigt; bei § 6 dagegen entspann sich eine lebhafte Diskussion. Der Vorstand hatte den Standpunkt eingenommen, dass der Verband eine Federation sei, aus einzelnen Vereinen und nicht aus Mitgliedern bestehend. Dementsprechend sollte jeder Verein das Recht haben, drei Delegierte an die Generalversammlung zu schicken, unbeschadet der Mitgliederzahl der einzelnen Vereine. Der andere Standpunkt, das Stimmrecht proportional nach der Mitgliederzahl der Vereine zu gestalten, wurde von der Sektion Bern, dann auch vom Frauenstimmrechtsverein Zürich aufgenommen und verteidigt. Nach längerer Diskussion brach sich die letztere Ansicht Bahn; mit grosser Mehrheit wurde beschlossen, dass Vereine bis auf 100 Mitglieder drei Stimmen haben; grössere Vereine haben für je 100 Mitglieder eine Stimme mehr, verbunden mit der Verpflichtung, einen entsprechend höhern Minimal-Jahresbeitrag zu bezahlen.

Einen harten Kampf brachte dann die Entwurfsbestimmung in § 7, dass nur Schweizer in den Vorstand gewählt werden dürfen. Schliesslich siegte der Vorschlag des Vorstandes mit 36 gegen 32 Stimmen.

Die übrigen §§ wurden sozusagen ohne Diskussion genehmigt.

Nach Neuwahl der Vorstandsmitglieder (zur Präsidentin wurde Frau von Arx aus Winterthur ernannt) und der Rechnungsrevisorinnen erfolgten die Berichte der einzelnen Sektionen, die zum Teil recht anschauliche Schilderungen der Vereinstätigkeit an den verschiedenen Orten vor Augen führten. Besonders temperamentvoll sprach die Genfer Berichterstatterin, die von den in Genf eingeführten Diskussionsabenden erzählte. Es werden da Gesetzesvorlagen, Tagesereignisse oder gemeinnützige Fragen besprochen, und der starke Besuch dieser Abende bewies, wie sehr das Bedürfnis nach Aussprache und das Interesse für öffentliche Angelegenheiten in der Frauenwelt erwacht. Solche Veranstaltungen sind als Propagandamittel jedenfalls der Nachahmung zu empfehlen.